Briefkopf

allgemeine Schule

Adresse der Eltern/Sorgeberechtigte Datum

**Schulbesuch Ihres Kindes \_\_\_\_\_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_\_\_\_**

**Anspruch auf sonderpädagogische Förderung**

Sehr geehrte Frau \_\_\_\_\_\_\_\_\_, sehr geehrter Herr \_\_\_\_\_\_\_\_\_,

mit Schreiben vom *(Datum der Einladung)* habe ich zum *(Datum Förderausschusssitzung)* einen Förderausschuss einberufen, zu dem auch Sie eingeladen waren. Nach Beratung hat der Förderausschuss einvernehmlich empfohlen, bei Ihrem Kind einen Anspruch auf sonderpädagogische Förderung mit dem Förderschwerpunkt \_\_\_\_\_\_\_\_ festzustellen. Dabei wurden die Ihnen durch das Protokoll des Förderausschusses bekannten Förder-empfehlungen gegeben.

Ich teile Ihnen hiermit im Benehmen mit dem Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main mit, dass bei (*Name der Schülerin/ des Schülers*) ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung im Förderschwerpunkt \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ besteht (§ 50 Abs. 3 Hessisches Schulgesetz).

**Ich freue mich, diesem Anspruch im Rahmen einer inklusiven Beschulung an meiner Schule entsprechen zu können.** Die inklusive Beschulung Ihres Kindes erfolgt demnach wie folgt:

(*vereinbarten Umfang und Organisation festhalten. Wobei dieses nicht zu detailliert sein sollte, da die Details im Förderplan festzuhalten sind, welcher dann flexibler angepasst werden kann, d.h. z.B. „Die Förderung Ihrer Tochter wird durch eine Förderlehrkraft des BFZ xy begleitet“ oder Hinweise auf besondere räumliche oder sächliche Leistungen*).

Hierzu wird ein **individueller Förderplan** erstellt werden, welcher Ihnen zur Kenntnis gegeben und erläutert wird. Darin sind Förderziele zu definieren, geplante Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten zu beschreiben und Termine zur Prüfung der Förderergebnisse festzulegen. Der Förderplan ist sodann regelmäßig in der Klassenkonferenz zu erörtern und spätestens nach zwei Jahren fortzuschreiben (§ 5 der Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen).

Die Klassenlehrkraft *(Name der Lehrkraft)* ist in Kooperation mit der BFZ-Lehrkraft für die Förderplanung verantwortlich und damit die für Sie zuständige Ansprechperson für die sonderpädagogische Förderung Ihres Kindes.

Die mit dem Anspruch auf sonderpädagogische Förderung entstandenen Unterlagen werden als Nebenakte Bestandteil der Schülerakte Ihres Kindes und somit an der *(Name der Schule)* geführt.

[ ]  Ihr Kind wird ab dem \_\_\_\_\_\_\_ die Klasse \_\_\_\_\_\_\_ der \_\_\_\_\_\_\_ Schule in \_\_\_\_\_\_\_ besuchen.

Ich bitte Sie, mit den Lehrkräften über die Lernfortschritte Ihres Kindes in ständigem Kontakt zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Schulleitung

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bei der Schule oder beim Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt, Breitlacherstraße 92, 60489 Frankfurt am Main Widerspruch eingelegt werden. (Vorsprache beim Staatlichen Schulamt nur nach vorheriger Terminabsprache möglich!)

Die Frist ist nur gewahrt, wenn der Widerspruch tatsächlich vor ihrem Ablauf bei der Schule oder beim Staatlichen Schulamt eingeht. Es ist zweckmäßig, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

**Hinweis:**

Nach dem Hessischen Verwaltungskostengesetz werden im Widerspruchsverfahren Verwaltungskosten erhoben. Im Falle eines erfolglosen Widerspruchs sind die mit der Amtshandlung (Erteilung eines Widerspruchsbescheides) verbundenen Verwaltungskosten, Gebühren und Auslagenpauschale von zurzeit insgesamt 100,00 € von Ihnen zu zahlen.

***In Durchschrift***

**BFZ-Leitung**

mit der Bitte um Kenntnisnahme und Weiterleitung an die für die Begleitung der Förderplanung zuständige Lehrkraft

**Klassenlehrkraft**

mit der Bitte um Kenntnisnahme und Übernahme der Förderplanung

**Vertreter des Schulträgers** *sofern gem. § 54 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 der Unterricht besondere räumliche und sächliche Leistungen erfordert.*

mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

**Staatliches Schulamt Frankfurt am Main, GB II**

mit der Bitte um Kenntnisnahme